

Erholung lässt auf sich warten

Handelskammer fordert Regierung auf, ihre Finanzhilfen keinesfalls zu früh zurückzufahren

Von Nadia Di Pillo

Wirtschaft stützen, Investitionen fördern, Jobs schaffen: Wegen der anhaltenden Corona-Krise fordert die Handelskammer die Regierung auf, ihre Finanzhilfen keinesfalls zu früh zurückzufahren. „Die Corona-Hilfen müssen weiterhin an die Sektoren ausbezahlt werden, die es am nötigsten haben“, so Carlo Thelen, Generaldirektor der Handelskammer, gestern bei der Vorstellung des „Baromètre de l'économie au printemps 2021“.

„Das Kurzarbeitergeld muss so lange ausbezahlt werden, bis die Probleme gelöst sind. Wenn man die Hilfen zu früh einstellt, riskiert man, dass die in der Pandemie in Not geratenen Betriebe in die Pleite getrieben werden. Daher ist es absolut wichtig, dass man die Hilfen nicht zurückfährt, bevor man überhaupt in einer Erholungsphase ist.“

Laut Handelskammer kann von wirtschaftlicher Erholung derzeit noch nicht die Rede sein. „Die Unternehmen handeln angesichts der Krise, insbesondere indem sie Arbeitsplätze absichern, aber die noch nicht unter Kontrolle gebrachte Gesundheitssituation und die immer noch unsichere internationale Lage belasten ihre Aktivitäten und trüben die kurzfristigen Aussichten“, stellt die Handelskammer fest.

Für die Gesamtwirtschaft scheint der Höhepunkt der Krise überwunden zu sein. Doch selbst wenn sich ein Aufschwung abzeichnet, sei es noch zu früh, um von einer richtigen Erholung zu sprechen. „Ob Horeca, Transportwesen, Veranstaltungen oder Handel – für bestimmte Branchen ist eine Erholung noch lange nicht in Sicht“, mahnt Carlo Thelen. Daher bleiben die Corona-Hilfen „ein wichtiger Rettungsanker für den Erhalt der Unternehmen“. Aktuelle Daten des Wirtschaftsministe-



Handelskammer-Generaldirektor Carlo Thelen: „Das Kurzarbeitergeld muss so lange ausbezahlt werden, bis die Probleme gelöst sind.“ Foto: Gerry Huberty

riums zeigen, dass bislang insgesamt 463 Millionen Euro für Kurzarbeit ausgezahlt und 254 Millionen Euro an nicht rückzahlbaren Hilfen verteilt wurden. Trotz dieser hohen Zahlen sei es wichtig zu relativieren: Die 717 Millionen Euro entsprechen im Staatsbudget „lediglich“ dem Gesamtbetrag, der für die Wohnungsbau-Beihilfen ausgegeben wird.

Laut Handelskammer sei es in den nächsten Monaten wichtig, die in der Pandemie angesammelten Ersparnisse in die Wirtschaft zu lenken. Im Jahr 2020 sparten die Luxemburger 1,2 Milliarden Euro mehr als 2019, während der Verbrauch in bestimmten Wirtschaftszweigen zurückging. „Dieses Ungleichgewicht muss mittelfristig behoben werden, und es müssen

Maßnahmen zur Förderung des Konsums ergriffen werden, um die Wirtschaftstätigkeit anzukurbeln“, so die Handelskammer.

In Kompetenzen investieren

Auf dem Weg zur Erholung sei es auch wichtig, dass in die Kompetenzen investiert wird. Diese Investitionen sollten laut Handelskammer vom Staat gefördert werden, besonders in dieser schwierigen Phase. In diesem Zusammenhang stellt die Handelskammer fest, dass ein Drittel der Unternehmen die betreffenden öffentlichen Beihilfen überhaupt nicht kennt, und ein weiteres Drittel sie nicht nutzt, obwohl es davon Kenntnis hat.

Um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, sollte der Staat daher

die Weiterbildung viel stärker finanziell unterstützen, zum Beispiel durch die Erhöhung des Kofinanzierungssatzes von 15 auf 25 Prozent.

Wie aus dem Barometer der Handelskammer hervorgeht, bleiben viele Unternehmer vorsichtig. 32 Prozent erwarten eine Zunahme der Aktivitäten in den nächsten sechs Monaten, während 18 Prozent von einem Rückgang ausgehen. Mehr als jedes zweite Unternehmen erwartet eine gewisse Stabilität, was die vorsichtige Haltung der Unternehmen bekräftigt. Die Sektoren, die in den letzten sechs Monaten am stärksten von der Pandemie betroffen waren, sind auch am wenigsten zuversichtlich für die kommenden sechs Monate.

Staat garantiert für 150 Millionen Euro

Luxemburg. Vor einem Jahr trat der erste Kredit in Kraft, den ein Unternehmen im Rahmen des staatlichen Garantieprogramms aufgenommen hat. Seitdem hat die Staatskasse, die für die Verwaltung der garantierten Darlehen zuständig ist, 382 solcher Darlehen in Höhe von 176,25 Millionen Euro registriert, wie das Finanzministerium gestern mitteilte. Von dieser Summe garantiert der luxemburgische Staat den kreditgebenden Banken 85 Prozent, also 149,8 Millionen Euro. Bei der Verteilung der Kredite erhielt der Handel die meisten verbürgten Kredite (rund 28,3 Prozent), gefolgt vom Beherbergungs- und Gaststättengewerbe (19,9 Prozent) und dem Bausektor (17 Prozent). „Das garantierte Kreditprogramm ist ein Vorzeuginstrument, das es unseren Unternehmern und Unternehmen ermöglicht, die Pandemie zu bewältigen und sich auf die Erholung vorzubereiten“, so Finanzminister Pierre Gramegna. In den ersten drei Monaten nach Start des Programms wurden 222 staatlich verbürgte Kredite in einer Gesamthöhe von 95,6 Millionen Euro vergeben. Teilnehmende Banken sind BCEE, BIL, BGL BNP Paribas, Banque de Luxembourg, Raiffeisen, ING, Bank of China und Banque BCP. **McM**

Sozialplan bei Sicherheitsfirma G4S

Luxemburg. Das Sicherheitsunternehmen G4S wird morgen einen Sozialplan ankündigen. Das teilten gestern die beiden Gewerkschaften OGBL und LCGB mit. Die britische Gesellschaft mit Sitz in London ist der größte Sicherheits- und Bewachungsdienstleister in Luxemburg und beschäftigt derzeit hier rund 1200 Mitarbeiter. Zuletzt war G4S nach der Übernahme durch Allied Universal im März 2021 und dem Verkauf des Werttransportgeschäfts an Brink's Security in den Schlagzeilen. Es wäre dies der zweite Entlassungsplan von G4S in Luxemburg, wo das Unternehmen seit 1982 ist. „Generell ist zu betonen, dass der private Sicherheitssektor in den letzten Jahren weiter gewachsen ist und mittlerweile fast 22 Unternehmen auf dem Markt vertreten sind“, so die Personalvertreter. Die vertragsschließenden Gewerkschaften haben bereits ein dringendes Treffen mit dem Management von G4S und dem Verband Fedil Security Services gefordert. Der Erhalt der Arbeitsplätze sei Priorität. **McM**

Reederei Maersk macht satten Gewinn

Kopenhagen. Die dänische Reederei Maersk hat in den ersten drei Monaten 2021 erheblich mehr Geld eingenommen. Unter dem Strich stand im ersten Quartal ein bereinigter Gewinn von 2,7 Milliarden Dollar (rund 2,26 Milliarden Euro), verglichen mit knapp 200 Millionen Dollar im Vorjahresquartal. Damit verdiente der weltgrößte Reedereikonzern bereits fast so viel wie im gesamten letzten Jahr. Maersk beschäftigt nach eigenen

Pistenrenovierung beginnt

Der Flughafen in Findel erhält ab kommender Woche eine neue Start- und Landebahn

Luxemburg. Es ist soweit. Nach langer Planungszeit beginnt der Lux-Airport mit der kompletten Sanierung der 4 000 Meter langen Start- und Landebahn des Flughafens. Ein Zusammenschluss von Firmen unter dem Namen „SOMO Findel Airport Consortium“ hat sich dazu gebildet: Colas, Felix Giorgetti, C. Karp-Kneip Constructions und JDC Airports haben die Ausschreibung für die Arbeiten an der Start- und Landebahn des Findel gewonnen, wie der Flughafen, dessen Eigentümer der Staat ist, gestern mitteilte.

Die Renovierungsarbeiten werden in den nächsten zwei Jahren

von Frühjahr bis Herbst in der nächtlichen Sperrzeit des Flughafens – von 23 Uhr bis 6 Uhr früh – ausgeführt. In dieser Zeit können keine Maschinen starten oder landen. Gesellschaften wie Cargolux

hatten Vorsorge diesbezüglich getroffen und werden gegebenenfalls spät ankommende Maschinen auf Ausweichflughäfen umleiten.

„Die Arbeiten in der Nacht ermöglichen die volle Nutzung der

Start- und Landebahn während der Betriebszeiten“, teilt der Flughafen mit. „Der reguläre Flugbetrieb wird nicht beeinträchtigt.“

Vollständige Erneuerung

Der Umfang der Arbeiten umfasst eine vollständige Erneuerung der Start- und Landebahn, einschließlich der Seitenstreifen, der Wasserableitung und der Beschilderung. Die Startbahnbeleuchtung wird auf moderne LED-Beleuchtung umgestellt, was Energie spart und den CO₂-Ausstoß des Flughafens reduziert. „Wir bauen nachts eine neue Start- und Landebahn auf die alte, so dass wir die einzige Start- und Landebahn des Landes für die regulären Flugpläne offen halten können“, erklärt René Steinhilber, Geschäftsführer von luxAirport. Die Kosten für die Erneuerung der Start- und Landebahn sowie der angrenzenden Bereiche



● Der reguläre
● Flugbetrieb
wird nicht
beeinträchtigt

